

Wo das HPZ sparen müsste

Die Sparmassnahmen treffen nun auch das Heilpädagogische Zentrum (HPZ) – und zwar drastisch. Die Regierung wird im November dem Landtag ein um über 400 000 Franken gekürztes Budget vorlegen. Diese Kürzung zwingt das HPZ, wertvolle Dienstleistungen einzustellen.

BETTINA STAHL-FRICK

SCHAAN. Das HPZ wäre die erste soziale Institution in Liechtenstein, die aufgrund von Sparmassnahmen Mitarbeiter entlassen müsste. Stimmt der Landtag dem von der Regierung gekürzten Budget für das Jahr 2015 zu, könnte es durchaus dazu kommen. «Geht's Liechtenstein denn wirklich so schlecht, dass an Menschen mit einer Behinderung gespart werden muss?», fragt Mario Gnägi. Der Geschäftsführer ist fassungslos: «Es kann doch nicht sein, dass Liechtenstein seine eigenen Einwohner nicht mehr versorgen kann, während Menschen mit Behinderung aus der Schweiz nach wie vor in unseren Werkstätten aufgenommen werden können.» Während die Finanzierung in der Schweiz unangestastet bleibt, will Liechtenstein die Unterstützung kürzen.

Prekäre Kürzung

Bis anhin wurden die Kosten für die betreuten Werkstätten-Mitarbeiter mit einer Rente der liechtensteinischen Invalidenversicherung auch durch die IV finanziert. «Wer eine Arbeit wollte, bekam diese auch bei uns», sagt Mario Gnägi. Aufgrund eines bevorstehenden Systemwechsels werden diese Kosten neu ab Januar 2015 vollumfänglich vom Land finanziert. Anstatt der 6,6 Millionen Franken will die Regierung aber nur 6,2 Millionen Franken zahlen. Diese Kürzung ist für das HPZ umso prekärer, da es im ersten Halbjahr 2014 mehr zu betreuende Mitarbeiter in den Werkstätten aufgenommen hat als budgetiert. «Natürlich wollen wir diese Menschen nun nicht einfach auf die Strasse setzen», sagt Mario Gnägi. Dies aber heisst, dass im nächsten Jahr 400 000 Franken eingespart werden müssen.

Unangenehme Massnahmen

Grundsätzlich ist diese Einsparung möglich – sie zieht allerdings jede Menge unangenehme

Massnahmen mit sich, die das HPZ gezwungen ist, zu ergreifen. Eine erste Handlung ist bereits vollzogen: Seit Juli nimmt das HPZ keine zu betreuenden Mitarbeiter mehr auf. Erschwerend ist, dass der Bedarf an Werkstatt-Plätzen dieses Jahr drastisch gestiegen ist: In den vergangenen Jahren erhöhten sich die Anfragen stetig. Gründe dafür kann Mario Gnägi keine nennen – der Geschäftsführer weiss selbst nicht, warum der Bedarf derart gestiegen ist. Aktuell befinden sich acht Personen mit einer Behinderung auf der Warteliste, die gerne in den Werkstätten arbeiten möchten.

Kein Transport mehr möglich

Mit dem Aufnahmestopp ist es aber nicht getan, die Budgetkürzung zieht weitere drastische Massnahmen nach sich: So wird das HPZ die Kosten für den Transport für den Arbeitsweg nicht mehr übernehmen können – betreute Werkstätten-Mitarbeiter, die aufgrund ihrer Behinderung auf einen Personentransport angewiesen sind, müssen diesen künftig selbst bezahlen. Wie Mario Gnägi sagt, wird auch das Sportangebot gestrichen werden müssen. Bislang hatte jeder betreute Mitarbeiter einmal die Woche Gelegenheit, mit einem Betreuer zwei Stunden Sport zu treiben. Der eigens dafür angestellte Sportlehrer wird für das HPZ nicht mehr finanzierbar sein.

Zwar haben Menschen mit einer Behinderung das Recht auf Weiterbildung – doch wie der Geschäftsführer sagt, wird auch diese Dienstleistung einer Weiterbildungsstunde eingestellt werden müssen.

Gekürzter Stundenlohn

Jeder betreute Mitarbeiter bekommt einen kleinen Stundenlohn. Je nach Leistung sind dies ein bis sieben Franken. «Auch dieser müsste um zehn Prozent gekürzt werden», so Gnägi. Zwar erhält jeder dieser Mitarbeiter die Invalidentaxe und je nach-

dem zusätzliche Ergänzungsleistungen. «Der kleine Lohn ist für sie aber eine grosse Anerkennung und oft auch das einzige Geld, worüber sie frei verfügen können.»

Die letzte Massnahme, die ergriffen werden müsste, betrifft die Körperpflege. «Wir hatten in den vergangenen Jahren immer mehr betreute Mitarbeiter, die bei der Körperpflege auf Unterstützung angewiesen sind.» Auch die dafür zuständige Krankenschwester könnte sich das HPZ nicht mehr leisten.

«All diese Massnahmen schmerzen», sagt Mario Gnägi. «Nicht zuletzt auch deshalb, weil diese wie auch die Vorgängerregierung immer wieder die grosse Bedeutung all dieser Dienstleistungen betont hat.»

«Hausaufgaben bereits gemacht»

Und nicht zuletzt ist Mario Gnägi auch deshalb über die Kürzung enttäuscht, weil sich das HPZ bereits in den vergangenen Jahren um das Sparen erfolgreich bemüht hat: «Wir haben in den vergangenen vier Jahren so viel gespart, dass heute eine Betreuungsstunde wieder so viel kostet wie vor zehn Jahren», so Gnägi. Mit Zahlen sei deutlich belegbar: «Das HPZ hat seine Hausaufgaben durch verschiedenste Optimierungen bereits gemacht.»

Dies habe er der Regierung auch so mitgeteilt, entsprechende Gespräche seien im Gange. So sei die Regierung auch über die geplanten Massnahmen im Bilde. Einziger der Landtag könnte nun verhindern, dass es tatsächlich zu dieser Budgetkürzung kommt, womit zahlreiche wertvolle Dienstleistungen abgeschafft werden müssen. Mario Gnägi zeigt sich optimistisch: «Denn ich und mein Team halten an dem Anspruch fest, für alle Menschen mit einer Behinderung das Sprachrohr zu sein. Uns liegt die Chance für diese Menschen am Herzen, bei Bedarf arbeiten und so an der Gesellschaft teilhaben zu können.»



Bild: Archiv/Daniel Schwendener

Seit Juli kann das HPZ in seinen Werkstätten keine Menschen mehr aufnehmen, die eine betreute Arbeit suchen.

Sehr wertschöpfend

INGOLSTADT. Erstmals hat eine bundesweite Studie der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt berechnet, welche volkswirtschaftlichen Wirkungen gemeinnützige Werkstätten für Menschen mit einer Behinderung erzeugen. Die Ergebnisse zeigen: Sozialausgaben sind Investitionen von Steuermitteln, die auf verschiedenen Ebenen sogar Mehrwerte schaffen – sozial und wirtschaftlich. «Werkstätten sind wertschöpfend. Mit 100 Euro investierten Mitteln erzeugen sie eine Wertschöpfung in Höhe von 108 Euro», erklärt Bernd Halfar, Professor für Management in Sozialen Einrichtungen. Halfar hat im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG WfbM) die Daten

von bundesweit 26 Werkstätten zum sogenannten Social Return on Investment (SROI) ausgewertet. Social Return on Investment bedeutet, dass man Sozialausgaben der öffentlichen Hand nicht als «versenkte Mitte» betrachtet, sondern als Investitionen. Die SROI-Studie fragt: Welchen Ertrag bekommt die Gesellschaft für ihre Investitionen in Werkstätten zurück?

Werkstätten und ihre Mitarbeiter führen Steuern und Sozialbeiträge ab, Werkstätten vermeiden an anderer Stelle Kosten für die öffentliche Hand und sie erzeugen direkte und induzierte wirtschaftliche Effekte für die Regionen. Die SROI-Studie hat diese Wirkungen gemessen. Hochgerechnet verschaffen Werkstätten der öffentlichen

Hand pro Jahr Einnahmen und Einsparungen in Höhe von etwa sechs Milliarden Euro im Vergleich zu Investitionen in Höhe von 5,6 Milliarden Euro. 100 Euro, die in Werkstattleistungen investiert werden, erzeugen also eine Wertschöpfung von 108 Euro. «Die in Werkstätten investierten öffentlichen Mittel werden nicht einfach verbraucht. Die positiven Effekte sind für alle Beteiligten zu spüren», so Halfar. Die Teilhabeangebote der Werkstätten verbinden Sozialleistungen und wirtschaftliche Produktivität zu einem Kreislauf. Damit verbessere das Werkstattangebot die Lebensqualität von behinderten Menschen, die Unterstützung im Arbeitsleben brauchen, und sie fördere die Wohlfahrt der Gesellschaft. (pd)